

Kanzler der Einheit. Otto von Bismarck – Konrad Adenauer – Helmut Kohl. Herausforderungen und Perspektiven

Arnulf Baring

Bismarck, Adenauer und Kohl im Vergleich. Vergleichen kann man bekanntlich alle und alles, aber schon bei flüchtigem Hinschauen wird klar, dass diese drei Kanzler unter fundamental unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu agieren hatten.

An mehreren markanten Orten in Deutschland nacheinander fällt seit einigen Monaten ein monumentaler, stählerner Schriftzug mit dem Wort „Friederisiko“ ins Auge. Mit dieser modischen, für manche sogar ärgerlichen Wortschöpfung sollen die Medien, soll die breitere Öffentlichkeit auf die im nächsten Jahr fälligen Gedenkveranstaltungen zu „Friedrich 300“ neugierig gemacht werden – was nach meiner Kenntnis gelungen ist. Friederisiko soll zum Nachdenken über Friedrich den Großen anregen, dessen 300. Geburtstag im nächsten Jahr, am 24. Januar 2012, gefeiert werden wird.

Weshalb kann Risikobereitschaft als ein Schlüssel zum Verständnis jenes Königs dienen, unter dem Preußen zur europäischen Großmacht aufstieg? Friedrich ist auf verschiedenen Feldern immer wieder erstaunliche Risiken eingegangen. In erster Linie war er von Anfang an auf militärischem Gebiet zu kühnen, auch politisch problematischen Risiken bereit. Seine Siege in den beiden ersten schlesischen Kriegen wurden sofort als ungewöhnliche Leistungen gewertet. Als es ihm einige Jahre später, im Siebenjährigen Krieg, sogar gelang, die gewaltige Allianz seiner Gegner, also Österreichs, Frankreichs und Russlands 1763, zu überleben, wurde das weit über Deutschlands Grenzen hinaus in ganz Europa bewundert.

Ein solches Denken und Verhalten, eine grenzenlose Risikobereitschaft liegt uns Deutschen heute völlig fern. In dem Kuratorium, das die kommende Jubiläumsausstellung für Friedrich im Potsdamer Neuen Palais beratend begleitet, gab es zwar von Anfang an Einigkeit, dass man ihn zu Recht als den Großen betrachten dürfe. Aber fast ebenso groß war

die gemeinsame Überzeugung, die Grundlage dieser Bewertung, seine siegreichen drei Kriege, könnten niemals im Zentrum einer heutigen Würdigung dieses Königs stehen. Der militärische Ruhm Friedrichs sei der gegenwärtigen, völlig entmilitarisierten Öffentlichkeit überhaupt nicht zu vermitteln.

Warum rede ich so lange über Friedrich, wo ich doch über Otto von Bismarck sprechen soll? Weil hundert Jahre nach dem siegreichen Ende des Siebenjährigen Krieges, unter dem preußischen Ministerpräsidenten Bismarck noch immer militärische Kompetenz außenpolitische Anstrengungen flankierte, stützte, ihnen Durchschlagskraft verleihen musste. Ohne den älteren Moltke wäre der Mann aus Schönhausen nicht weit gekommen. Trotz der nationalen Aufwallungen, die die napoleonischen Eroberungen in Deutschland ausgelöst hatten, war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Frage nach der politischen Neuordnung Deutschlands ungelöst geblieben. Im Deutschen Bund war Wien weiterhin wichtiger als Berlin, obwohl Preußen kräftig aufholte.

Mit seinen erfolgreichen Kriegen gegen Österreich hatte Friedrich II. die damalige Führungsmacht des alten Reiches, den Habsburgerstaat, offen herausgefordert. Aber ein Jahrhundert später, als Bismarck 1862 preußischer Ministerpräsident wurde, war noch immer unentschieden, ob Preußen als mitteleuropäische Führungsmacht im Deutschen Bund das Sagen haben werde oder doch noch Österreich sich auf Platz 1 behaupten könne. Bismarck ist gewaltige Risiken eingegangen. Er hat auf streckenweise geniale Art in drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich die kleindeutsche Lösung, das in Versailles 1871 gegründete Kaiserreich, voller List zustande gebracht. Natürlich war dabei ebenso wie die militärische Leistungsfähigkeit Preußens ein feines außenpolitisches Fingerspitzengefühl gefragt. Die stille Unterstützung Russlands beispielsweise beim Konflikt mit Frankreich war eine entscheidende Rückendeckung der Bismarckschen Politik – für die freilich Sankt Petersburg später prekäre Gegenleistungen erwarten sollte. Die Neutralität Preußens im Krimkrieg, und zuvor schon die russisch-preußische Freundschaft seit der Zeit des Zaren Nikolaus I., hatten zu dieser Berlin wohlwollenden Grundstimmung in Petersburg ganz wesentlich beigetragen.

Die außenpolitische Grundkonstellation, an der Friedrich fast gescheitert wäre, blieb auch unter Bismarck für das neue Reich bedrohlich.

Zwar hinderte die Verdrängung Österreichs aus der Mitte Europas nicht den dauerhaften Ausgleich zwischen Berlin und Wien. Aber da sich Österreich nach dem Einflussverlust in Deutschland durch einen Gelände- und Bedeutungsgewinn auf dem Balkan eine neue Machtbasis zu schaffen versuchte, geriet es in einen Gegensatz zu Russland, das aus panslawistischen und nationalistischen Motiven seinerseits die „Brudervölker“ in Südosteuropa, vom türkischen Joch befreit, sich höflich zu machen gedachte. Insofern erwies sich das Dreierbündnis zwischen Berlin, Wien und Sankt Petersburg rasch als brüchig, und nach der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages im Jahr 1890 kam es daher bald, nämlich schon 1892, zur russisch-französischen Militärallianzen und 1894 zum Zweibund zwischen Petersburg und Paris. Die befürchtete Einkreisung Deutschlands hatte begonnen, die Niederlage von 1918 hatte ihren Anfang genommen. Freilich war die russisch-französische Zusammenarbeit auch für die beiden betroffenen Völker nicht von Segen. Frankreich erlitt im Ersten Weltkrieg solche Blutverluste, dass es jahrzehntelang geschwächt blieb. Und in Russland führte der Krieg erst zur Märzrevolution und damit zum Ende des Zarenreichs und dann zum Sieg der Bolschewiki im November 1917. Dieser Triumph hat sich, aufs Ganze gesehen, als verheerendes Unglück für alle Völker der späteren Sowjetunion erwiesen. Und nicht nur für sie. Die im Zweiten Weltkrieg unterworfenen Teile Osteuropas wurden fast das ganze 20. Jahrhundert lang schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Inzwischen hatte sich Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und den Versailler Friedensbedingungen, die man als allzu hart, und wegen des berüchtigten Kriegsschuldartikels als schreiend ungerecht empfunden hatte, erstaunlich rasch als leistungsfähige, ambitionierte Großmacht während der 1930er Jahre entwickelt, so dass sich Berlin zwanzig Jahre nach der Niederlage von 1918 im Stande fühlte, gewaltsam zur Vormacht Europas aufzusteigen. Dieses ambitionierte, improvisierte Vorhaben war allerdings 1945 desaströs gescheitert.

Daher begann Konrad Adenauer seine Regierungszeit mit leeren Händen. Millionen Menschen waren ausgebombt, auf der Flucht oder später vertrieben, fast alle Großstädte zerstört, die industriellen Kapazitäten drastisch reduziert. Manch einer auf Seiten unserer damaligen Feinde hielt für möglich, ja für wünschenswert, Deutschland auf ein armseliges Agrarland herabzustufen. Als Konrad Adenauer vier Jahre später der erste Kanzler der neuen Bundesrepublik wurde, war mehr

als die Hälfte des deutschen Terrains von 1937 – an den Kaliningrader Oblast, die neuen polnischen Westgebiete und die Zone, die spätere DDR - dem Sowjetkommunismus zum Opfer gefallen.

Wenn sich Adenauer früh als die prägende politische Führungspersönlichkeit Westdeutschlands etablieren konnte, lag es daran, dass er früher als fast alle anderen Politiker der ersten Nachkriegsperiode, nämlich schon im Herbst 1945, nüchtern erkannt hatte, dass der von Russland besetzte Teil für unabsehbare Zeit für Deutschland verloren sei. Durch das Vordringen der Roten Armee bis zur Wartburg an der Westgrenze Thüringens war das Gesicht Deutschlands, ungewollt von den Russen, gewaltsam nach Westen gedreht worden. Restdeutschland auf sich allein gestellt war völlig wehrlos. Keine Politik vergeblicher Kompromissbemühungen, um Stalin die Ostzone abspenstig zu machen, sondern nur eine entschlossene, rückhaltlose Westorientierung, Westintegration, eine Verschmelzung mit der westeuropäisch-atlantischen Welt – davon war Adenauer überzeugt – konnte auf längere Sicht Erfolg bringen. Nur durch eine Politik westlicher Stärke, durch Containment, durch Abschreckung, ja vielleicht sogar durch ein Roll-back, konnte die russische Macht aus Mittel- und Osteuropa hinter den Bug zurückgedrängt und Europa in Freiheit wieder vereinigt werden.

Das fanden viele, zumal anfangs, in den ersten Jahren des Bonner Staates, als die Einheit Deutschlands allen damals lebenden Deutschen noch selbstverständlich war, ganz utopisch. Jahrzehntlang blieb es ja auch bloße Hoffnung. Aber mehr und mehr gewann während der 1950er Jahre unter den Westdeutschen die Überzeugung an Boden, dass tatsächlich nur ein einziges, ein vereintes Westeuropa, fest verbunden mit den Vereinigten Staaten, Aussicht habe, wenn überhaupt, die Einheit Deutschlands, eine Wiedervereinigung der vier Besatzungszonen, also die Beseitigung der DDR, zu Wege zu bringen. Freilich erlahmte im Laufe der folgenden Jahrzehnte, zumal im Zeichen des Entspannungszeitalters seit den späten 1960er Jahren, in der alten Bundesrepublik der Wille zur Wiedervereinigung. Man begann mehr und mehr, sich mit der Spaltung des Landes abzufinden, sie teilweise sogar als gerechte Strafe für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu akzeptieren.

Der Anstoß zu einer völlig anderen Entwicklung der Dinge kam von außen, vom Niedergang des Sowjetimperiums. Er begann mit der Solidarnosc-Bewegung in Polen Ende der 1970er Jahre, den naiv optimis-

tischen russischen Reformen Gorbatschows Mitte der 1980er, also mit Glasnost und Perestroika, auch mit frühen, wagemutigen ungarischen Kontakten in den Westen.

Lange Zeit war zweifelhaft, ob die Selbstbestimmung der Völker Osteuropas, die Gorbatschow anzustreben schien, auch für Deutschland gelten würde. Moskau schien auf eine Art freiwillig akzeptierter sowjetischer Hegemonie der Satellitenstaaten zu hoffen und auf sie hinzuwirken. Dabei war offen, was Selbstbestimmung im sowjetischen Herrschaftsbereich heißen sollte. Dachte Moskau an eine künftige Eigenverantwortung der jeweiligen kommunistischen Führung der einzelnen Länder? Wollte man also auf etwas hinaus, was Anton Ackermann, der im Mai 1945 als Mitglied der Gruppe Ulbricht aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt war, ein dreiviertel Jahr später, im Frühjahr 1946, als „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ propagiert hatte? Stalins unbedingter Machtwille hatte damals rasch solche Hoffnungen zunichte gemacht. Oder war jetzt wirklich an die demokratische Selbstbestimmung der Wähler in den einzelnen Satellitenstaaten, gedacht?

Die Antwort auf diese Frage blieb jahrelang offen, bis weit in das Jahr 1989 hinein. Die Breschnew-Doktrin wurde allmählich außer Kraft gesetzt, weil sich mehr und mehr herausstellte, dass die Sowjetführung sie nicht mehr anzuwenden entschlossen war und die Menschen in den Staaten des Ostblocks sie, also eine militärische Invasion der Roten Armee, immer weniger fürchteten.

Das neue Denken schuf allerdings nur langsam Klarheit. Im April 1987 äußerte Gorbatschow in Prag, die Gleichberechtigung zwischen den Ländern des Sozialismus bedeute die Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, Fragen der Entwicklung des eigenen Landes zu entscheiden. Im Dezember des folgenden Jahres, also 1988, sprach der Parteichef vor der UNO über die freie Wahl der Staaten, über Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung unabhängig zu entscheiden. Im Juli 1989 hieß es aus seinem Munde im Straßburger Europarat, er gehe von der Souveränität der Völker in Europa aus, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln – was hieß, dass sie außenpolitisch an der Seite der Sowjetunion zu bleiben hatten. Im gleichen Monat Juli, beim Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Bukarest, hieß es im Kommuniqué, jedes Volk bestimme selbst innen- wie außenpolitisch das Schicksal seines Landes,

was Gennadi Gerassimow, der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, damals in die berühmt gewordene Formel kleidete, man habe es jetzt mit einer „Sinatra-Doktrin“ zu tun: „I did it my way“.

Offen blieb, ob das auch in Deutschland gelten sollte, also für die Teilnation der DDR. Lange wusste niemand, ob die sowjetische Führung inzwischen bereit sei, auf ihre wichtigste Siegestrophäe zu verzichten – und, falls ja, zu welchem Preis. Wie stabil war also mittlerweile das Kunstgebilde DDR? Niemand konnte sicher sein, ob es angesichts der verbreiteten Entschlossenheit vor allem jüngerer DDR-Bürger, ihrem Staat den Rücken zu kehren, nicht zu Unruhen kommen werde. Nicht von ungefähr fragte ein nervöser Staatssicherheitsminister Erich Mielke in einer Dienstbesprechung der Generale und Obersten seiner Behörde Ende August 1989: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht“? Anders als einige Wochen später konnten ihn die Anwesenden beruhigen: Man habe die Lage im Griff.

Spätestens durch die improvisierte, ungeplante Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 griff die Entwicklung unwiderstehlich auf Deutschland über. Nachdem monatelang mehr und mehr DDR-Bewohner über Budapest, Warschau und vor allem Prag in die Freiheit gelangt waren, strömten nun ostdeutsche Massen – teils zeitweilig, teils auf Dauer –, über die innerdeutsche Grenze. Die Bonner Politik, die die heranreifende Situation lange nicht vorhergesehen – allenfalls geahnt – hatte, versuchte früh, wenn auch zunächst noch eher zaghaft, die Entwicklung hin zu – wie Helmut Kohl wörtlich sagte – deutsch-deutschen „konföderativen Strukturen...“ in die Wege zu leiten: „Mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Was uns heute nahe liegend, ja selbstverständlich scheint, war damals äußerst wagemutig. Der Bundeskanzler schätzte damals intern, dass es fünf bis zehn Jahre dauern werde, die deutsche Einheit zu Wege zu bringen. Daher musste der Zehn-Punkte-Plan Kohls bis zuletzt streng geheim gehalten werden. Seine Formulierung wurde nur ganz wenigen anvertraut.

Kohls Initiative vom 28. November 1989 wurde im Kreis der europäischen Partner tatsächlich zunächst ausgemacht übel aufgenommen. Selbst enge Verbündete wie Frankreich und vor allem Großbritannien waren anfangs entschlossen, diese Entwicklung abzubremsen, wenn nicht in einer Sackgasse enden zu lassen. Kohl selbst, durch diesen weit verbreiteten westeuropäischen Widerstand betroffen gemacht, ja

bedrückt, kam erst bei seinem Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989, durch die beeindruckende Massenversammlung vor der Ruine der Frauenkirche, zu der von da an unerschütterlichen Überzeugung, dass die deutsche Wiedervereinigung kommen müsse und kommen werde. Wie eine Dampfwalze war er nun nicht mehr aufzuhalten. Alle Widerstände, alle Einwände wurden von ihm entschlossen, aber umsichtig beiseite geräumt. Während die Sozialdemokraten größtenteils die Wiedervereinigung ablehnten, zumindest auf die lange Bank schieben wollten, war Kohl – völlig richtig – überzeugt, dass das „window of opportunity“ nicht lange offen stehen werde, daher Eile geboten sei. Alle Energie Kohls hätte natürlich nichts ausgerichtet ohne den Rückhalt unserer westlichen Bundesgenossen, genauer gesagt: der Vereinigten Staaten. Sie zögerten nicht, wie Paris und vor allem London. Washington war von Anfang an und unwandelbar fest entschlossen, dass die deutsche Wiedervereinigung im westlichen Bündnis erfolgen müsse und auch erreicht werden könne. Bush und Baker setzten auf bewundernswerte Weise zielstrebig, aber behutsam, durch, was das Ziel aller Bonner Politik seit Adenauer gewesen war.

Noch heute erstaunt der lautlose, gewaltfreie Zusammenbruch der DDR, ihr überraschendes, sanftes Ende in den Monaten nach der letztlich kopflos überstürzten Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989. So friedlich stirbt nur, wer von allen und sich selbst längst aufgegeben ist. Auch jene unerschütterlichen Idealisten, die ihrer Utopie treu blieben und ausharrten, statt wie so viele andere damals nach Westen abzuwandern, hatten die eigene DDR, tief resigniert, seit Jahren innerlich als gescheitert empfunden, die ganze Sache des Sozialismus insgeheim für unrettbar verloren gehalten. Eine neue Dolchstoßlegende, dass irgendein Verrat den wahren, humanen Sozialismus hinterhältig um seine Chancen gebracht habe, kam erst später auf, vor allem unter westlichen Sozialisten. Sie fand, verständlicherweise, nur mäßig Gehör.

So wenig wie 1918 war dieser 9. November ein Blitz aus heiterem Himmel. Auch diesmal war der deutsche Umsturz kein Einzelfall. Teils zielbewusst, teils unfreiwillig hatte Gorbatschow, ein Held des strategischen Rückzugs und gleichzeitig der Totengräber des Sowjetimperiums, in den Jahren zuvor den kommenden Untergang des kommunistischen Weltreichs signalisiert. Schon Jahrzehnte früher war der katastrophale wirtschaftliche Niedergang, der moralische und gesellschaftliche Zerfall in sämtlichen Ländern des sozialistischen Lagers, überall Gegenstand ratloser Erörterungen gewesen. Achselzuckend beklagte man – unver-

hüllt im Westen, heimlich im Osten – die offenbare Unmöglichkeit durchgreifender Reformen, also die Vergeblichkeit fundamentaler ökonomischer und politischer Selbsterneuerungen der dort maßgeblichen, gleichförmigen, primitiven Systeme. Sie alle mussten leidvoll zur Kenntnis nehmen, dass sie, rücksichtslos in jeder Hinsicht, weit über ihre Verhältnisse gelebt hatten. Mit dieser Kahlschlag-Attitüde hatten sie das eigene Scheitern von langer Hand planmäßig in die Wege geleitet. Nach strikt marxistischen Kriterien nahm ihr Untergang seinen Lauf.

Die Auflösung der rigiden, fassadenhaft gewordenen Herrschaftsapparate, von den mutigen Polen, dann von den umsichtigen Ungarn in Gang gesetzt und offen vorangetrieben, beschleunigte, der Dominotheorie folgend, im Laufe der späten 1980er Jahre die kommunistischen Zusammenbrüche: Was in Warschau noch zehn Jahre gedauert hatte und in Budapest zehn Monate, vollzog sich in Leipzig und Ost-Berlin innerhalb von zehn Wochen, dann später in Prag in nur zehn Tagen. Wie von Termiten zerfressen oder durch rundum mangelnde Pflege verwahrlost, verfault, stürzten beim ersten Windstoß der Veränderung die morschen, altersschwachen Gebäude dieser Anciens regimes des zwanzigsten Jahrhunderts eins nach dem anderen in sich zusammen.

Erstaunlich bleibt im Rückblick beim Fall von Mauer und DDR, wie verblüfft man damals zumal im Westen Deutschlands über diese Entwicklung war, wie unvorbereitet auf die plötzlich erreichbare Wiedervereinigung und erst recht auf die mit ihr einhergehende Aufwertung, den Machtzuwachs der Deutschen – von dem wir, so ganz anders als in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, einen verantwortungsbe- wussten, maßvollen, ja fast allzu ängstlichen Gebrauch gemacht haben. Die neue, immer noch uneingestandene, verheimlichte Vormachtrolle Deutschlands war bekanntlich weniger durch die Vergrößerung der Bundesrepublik bedingt als durch den gleichzeitigen Zerfall der Sowjetunion. Es war richtig und wichtig, dass Bonn und dann Berlin nie der Versuchung nachgaben, nun zu einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West zurückzukehren. Es war bedeutungsvoll für unser Schicksal, dass es auch nach 1990 bei der westlichen Verankerung Deutschlands blieb.

Wir hätten seither unsere in Europa weithin positiv bewertete Rolle gar nicht spielen können, wenn wir die Handlungsrahmen des Nordatlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft von uns aus in Frage gestellt oder auch nur relativiert hätten. Die lebenskluge Zurückhaltung, demonstrative Bescheidenheit und europäische Einord-

nung bleiben das Vermächtnis des damaligen, langjährigen Kanzlers Kohl. Wäre nämlich ihre unverhoffte, latente Großmachtrolle den Deutschen zu Kopfe gestiegen, hätten die alten Ängste und das neue Misstrauen sofort alle europäischen Nachbarn veranlasst, sich gegen uns zusammenzuschließen, um uns einzudämmen, zu isolieren, was die Deutschen gekränkt vermutlich mit einer verstärkten Konzentration auf die eigenen Interessen beantwortet hätten.

Damit wäre es möglicherweise unter veränderten Rahmenbedingungen und in anderen Formen zu ähnlich unheilvollen Konstellationen gekommen, wie sie unsere katastrophalen Niederlagen 1918 und erst recht 1945 herbeigeführt haben. Zumindest wäre in einer Situation deutscher Isolierung und Selbstisolierung die umfassende Unterstützung der neuen osteuropäischen Demokratien, dieser entscheidende deutsche Beitrag zu deren wirtschaftlicher und damit auch sozialer und politischer Stabilisierung, unwahrscheinlich gewesen, vermutlich unmöglich geworden.

Die vertrauensvolle westliche Einbettung unseres Landes blieb also auch nach 1989/90 die entscheidende Voraussetzung erfolgreicher deutscher Wirksamkeit, was zumindest die Regierungen Kohl und Merkel immer im Auge behalten haben – freilich oft enttäuscht darüber, dass in der neuen Situation so wenig wie in der alten die NATO und vor allem die Europäische Union die weiterreichenden, hochgespannten politischen Erwartungen erfüllt haben, die man lange Zeit immer wieder an diese beiden Vertragsgemeinschaften geknüpft hatte.

Bewundernswert bleibt im Rückblick, wie schnell 1989/90 Bundeskanzler Kohl die unerwartete Chance begriff, die sich uns bot. Er hat sie sofort beherzt und zugleich vorsichtig genutzt. Die Sozialdemokraten hingegen ließen eine große geschichtliche Chance vorübergehen, auf die sie doch, mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts, nach 1969 ursprünglich selbst hingearbeitet hatten. Wie schon in der Gründungsphase der alten Bundesrepublik verkannten sie wieder die Zeichen der Zeit.

Sie hatten nach 1948/49 Ludwig Erhards soziale, populäre Marktwirtschaft wegen ihrer vermeintlichen Rücksichtslosigkeit erfolglos bekämpft und Adenauers Westintegration um der (damals freilich aussichtslosen) Wiedervereinigung willen vehement abgelehnt. Stalins Bedingungen hätten 1952, wie die SPD seit ihrer Zwangsvereinigung

mit der KPD in der Sowjetzone 1946 eigentlich wusste, die Unfreiheit ganz Deutschlands nach sich gezogen. Deshalb haben die Sozialdemokraten damals auch erst im Nachhinein die Märznote für eine versäumte Chance gehalten. Diesmal neigten sie umgekehrt und eher konservativ dazu, die grundsätzliche Wünschbarkeit einer deutschen Zweistaatlichkeit und die Wahrung westdeutscher sozialer Besitzstände für ein Hauptanliegen zu halten. Indem sie sich aber auf die Anprangerung negativer Begleitumstände der Vereinigung konzentrierte, die es übrigens unleugbar gab, machte die SPD unfreiwillig deutlich, dass auch sie die Entwicklung zur Einheit als solche für zwangsläufig hielt, also keine grundsätzliche Alternative erkennen konnte und vorzuschlagen wusste.

Diese Sprachlosigkeit hatte ihre Gründe. Als im Dezember 1989 klar zu werden begann, dass es auch bei massiver westlicher Wirtschaftshilfe keine Chance gab, eine eigenständige, lebensfähige DDR zustande zu bringen, weil es vor Ort an wichtigen Voraussetzungen einer freien, dynamischen und rechtsstaatlichen Entwicklung fehlte, war diese Einsicht vor allem für beträchtliche Teile der kulturellen, meinungsbildenden Eliten in beiden damaligen Staaten ein großer Schock. Zumal im linken und linksliberalen Spektrum der westdeutschen öffentlichen Meinung hatte man schon lange mehr und mehr die Zerreißung Deutschlands nach 1945 als endgültig empfunden, ja als gerechten Urteilspruch der Geschichte über die Reichsgründung von 1871 verstanden. War nicht die Rückkehr zu vorbismarckschen Formen deutscher Staatlichkeit geboten, längerfristig die Wiederherstellung eines Deutschen Bundes angezeigt? Spätestens seit den 1970er Jahren galt das Reich Bismarcks weithin als eine von Anbeginn verfehlt konstruierte, eine gewaltsame, aufs Scheitern angelegte Kunstschöpfung, die denn auch bloße Episode geblieben war.

Bei solchen Einschätzungen spielte unter Linken eine Rolle, dass man dort den zweiten deutschen Staat trotz aller seiner Mängel als ein sozialistisches Experiment auf deutschem Boden betrachtete, das als Gegenmodell grundsätzlich Respekt, ja Unterstützung verdiene. Jetzt sieht man deutlicher als vor zwanzig, vierzig oder sechzig Jahren, wie die deutsche Geschichte seit 1871 verstanden werden muss. Über alle Brüche und Wandlungen hinweg, die das Land erlebt hat, fällt eindringlich die Kontinuität von Staat und Gesellschaft ins Auge. Das Völkerrecht, seinerzeit oft als weltfremd belächelt, hat mit großer Einmütigkeit schon in den ersten Jahrzehnten nach 1945 die Bundesre-

publik Deutschland juristisch für identisch mit dem Deutschen Reich erklärt. Die DDR war in dieser Sicht schon damals nur eine vorübergehende Sezession, die Abspaltung eines Landesteils, der Bonner Staat aber, entgegen dem Augenschein, rechtlich das Reich.

Jeder Blick auf die Landkarte seit 1990 zeigt sofort, dass wir Deutschen wieder in den Grenzen des Bismarckreiches leben, freilich verkürzt um jenes reichliche Viertel des Landes, das 1945 polnisch geworden ist, verkleinert selbstverständlich um Elsass-Lothringen. Nicht nur geographisch, auch rechtlich, institutionell, gesellschaftlich, politisch ruht die Gesamtverfassung des heutigen Deutschland noch immer auf vielen der Fundamente, die in der Ära Bismarcks vor nun fast anderthalb Jahrhunderten gelegt wurden.

Freilich wurde der Staats- und Gesellschaftsbau durch die Jahrzehnte nach 1949 ganz wesentlich modifiziert; völlig neue Flügel kamen hinzu, anderes wurde umgebaut oder abgerissen. Durch das zeitweilige, bedrohliche Vordringen der Russen bis in die Mitte Deutschlands ergab sich der Zwang für den verbleibenden Rest, festen Rückhalt, verlässliche Freunde im Westen zu suchen, um die eigene Freiheit zu retten. Seit Adenauers entschiedener, erfolgreicher Integrationspolitik ist Deutschland energisch nach Westen verlagert, in allen Lebensbereichen tief greifend verwestlicht worden. Das Symbol dieser Umorientierung war Bonn, diese bescheidene Universitätsstadt an den Ufern des Rheins. Das lange Zögern, den Regierungssitz ins quirlige, verarmte Berlin an der Spree zurückzuverlegen, entsprang bei manchen nachdenklichen, sorgenvollen Zeitgenossen wesentlich der Befürchtung, ein von der alten Reichshauptstadt her regiertes Deutschland könnte weniger westlich, international weniger vertrauenswürdig wirken als der bisherige Bonner Staat, könnte zur traditionellen, zwischen Ost und West lavierenden Schaukelpolitik zurückkehren. Diese Sorge erwies sich rasch als gänzlich unbegründet.

Das heutige Deutschland ist eine geglückte Synthese aus Bismarcks Reich und Adenauers Rheinbund. Anders gesagt: Wir leben noch immer im Deutschland Bismarcks, aber in der weltoffenen, republikanischen Form, die ihm die Ära Adenauer und dann die Regierungen seiner Nachfolger gegeben haben.